



Olaf Scholz im Wirecard-Untersuchungsausschuss, übrigens mit Maske und in gebührendem Abstand zu den Abgeordneten

FOTO: DPA/KAY NIETELD

»Angemessener Umgang« mit Wirecard

Bundesfinanzminister Olaf Scholz gibt im Untersuchungsausschuss den treusorgenden Chef und Politprofi

Der Wirecard-Untersuchungsausschuss ist in der heißen Phase. Bundesfinanzminister Olaf Scholz kam bei seiner Vernehmung nur selten in die Bredouille.

KURT STENGER

»Ich rede so laut, wie ich immer rede«, sagt Olaf Scholz bei seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Wirecard-Skandal. Die anwesenden Abgeordneten können nicht alles genau verstehen, was der Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat von sich gibt. Doch dies liegt wohl nicht nur an der Lautstärke.

Scholz war qua Amt Dienstherr der Finanzaufsichtsbehörde Bafin, die angesichts der über Jahre unentdeckt gebliebenen milliardenschweren Betrügereien des Münchner Finanzdienstleisters versagte. Das ist unumstritten, bei der Bafin wie auch bei anderen staatlichen und privaten Aufsehern mussten inzwischen die Chefs gehen. Doch welche Fehler die Politik gemacht hat und ob diese sogar trotz Hinweisen auf kriminelle Machenschaften die schützende Hand über Wirecard gehalten hat, liegt bislang im Auge des Betrachters. Darüber soll der Untersuchungsausschuss neue Erkenntnisse bringen.

Für den Finanzminister ist die Sache im Grundsatz klar: »Die Verantwortung für diesen hochkriminellen Betrug trägt nicht die Bundesregierung.« Schön einfach und prägnant gesagt, aber dieser Vorwurf steht gar nicht im Raum. Der gelehrte Rechtsanwalt hat natürlich Erfahrung mit Vernehmungen und dem, was man dabei sagen oder nicht sagen sollte. Und so äußert er ausführlich Bekanntes und Entlastendes, redet bei heik-

len Dingen um das Thema herum, kann sich bisweilen auch nicht mehr erinnern.

Letzteres betrifft den Vorwurf, dass sich die Bundesregierung im September 2019 bei einem Staatsbesuch in Peking als Türöffner Wirecards für den chinesischen Markt betätigt hat. Kanzlerin Angela Merkel soll die Firma gegenüber den chinesischen Gastgebern zumindest erwähnt haben. Ob Scholz mit Merkel über China und konkrete Unternehmen gesprochen hat, will der Linke-Abgeordnete Fabio De Masi wissen. Daran habe er keine Erinnerung, sagt der SPD-Mann. De Masi führt aus, dass bei einem deutsch-chinesischen Finanzdialog der Weg für die Übernahme eines chinesischen Zahlungsdienstleisters durch Wirecard freigemacht wurde, und zitiert aus der E-Mail eines Mitarbeiters des Finanzministeriums: »Diesen Erfolg wird unser Minister auch verkaufen wollen.« Scholz weiß von dieser E-Mail nichts. Und da der Mitarbeiter an die Botschaft in China abgeordnet war, sei das Auswärtige Amt zuständig.

So heikel wird es für den Minister in der vierstündigen Vernehmung nur selten. Bezüglich des Finanzdialogs sagt er, Wirecard sei in seinen Gesprächen kein Thema gewesen. Konkret sei es um die Allianz und die Deutsche Bank gegangen. Dass es im Ergebnis des Gesprächs jetzt einen etwas einfacheren Zugang deutscher Firmen zum chinesischen Finanzmarkt gibt, darüber freut sich Scholz. Nicht die Politik ist Türöffner für die Konzerne, lautet zwischen den Zeilen die Botschaft, sondern die Konzerne sind es für deutsche Politikinteressen.

Dass es für Scholz eine nicht allzu heikle Veranstaltung wird, liegt auch an der Frage-

stellung insbesondere des Ausschussvorsitzenden Kay Gottschalk (AfD). Er, unterstützt von CSU-Mann Hans Michelbach, möchte in wirtschaftsliberalem Gusto skandalisieren, dass die Bafin 2019 ein Leerverkaufsverbot mit Wirecard-Aktien verhängt und das Finanzministerium nicht eingegriffen habe. Leerverkäufe sind bekanntlich ein spekulatives Instrument, um Aktienkurse einzelner Firmen in den Keller zu treiben; linke Finanzmarktkritiker fordern ein generelles Verbot. Scholz erwidert, er sei fest davon überzeugt, dass das Finanzministerium seine Rolle überspanne, wenn es jede einzelne Entscheidung der Bafin absegnen müsse. Zwischen Michelbach und Scholz entwickelt sich ein Hin und Her: Der CSU-Mann sagt, er könne sich nicht vorstellen, dass das Ministerium sich da nicht eingeschaltet habe. Der SPD-Mann sagt, es sei aber so gewesen. Das Ministerium verstehe sich nicht als »zweite Entscheidungsbehörde der Bafin«.

»Es ist ein absurdes Märchen, dass die Bafin oder das Finanzministerium ihre schützende Hand über diese Unternehmen gehalten hätte.«
Olaf Scholz Bundesfinanzminister

Das Geplänkel sieht schon sehr nach Wahlkampf aus. Im Zuge des Wirecard-Skandals haben sich das SPD-geführte Finanzministerium und das CDU-geführte Wirtschaftsministerium schon die ganze Zeit die Verantwortung für Fehler gegenseitig zugeschoben. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

kritisierte das Versagen der Bafin, Scholz das der Wirtschaftsprüfer und ihrer Kontrolleure, die dem Wirtschaftsministerium unterstanden. Das wurde zwei Tage vorher bei der Vernehmung von Altmaier im Untersuchungsausschuss erneut deutlich und wiederholt sich jetzt. Allerdings wird der Ton rauer, je näher die Bundestagswahl rückt. So geht die Abgeordnete Cansel Kiziltepe (SPD) den Kollegen Matthias Hauer (CDU) für dessen »Pseudo-Vorwürfe« gegen Scholz an. Dieser kritisierte, das Finanzministerium habe durch späte Zulieferung von Akten an den Untersuchungsausschuss die Aufklärung behindert, und unterstellte Scholz ohne Beleg, nicht alle privaten E-Mails zur Verfügung gestellt zu haben.

Scholz sieht das anders: Seine Beamten gäben sich »sehr viel Mühe«, die Akten heranzuschaffen, und leisteten viele Überstunden. Überhaupt lässt er den treu sorgenden Chef herausschlagen, der seine Leute in Schutz nimmt. Das dürfte gut ankommen, gerade in Wahlkampfzeiten. Sein Haus sei ein »erstklassiges Ministerium«, und er vertraue seine Staatssekretären und Mitarbeiter. Summa summarum habe sein Ministerium einen »angemessenen Umgang« mit dem Thema Wirecard gepflegt.

Auch nach Bekanntwerden des Skandals habe man sofort reagiert und mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität die Aufsicht gestärkt. Das »Aufklärungsgefüge« der Behörden sei zuvor einfach nicht gut genug gerüstet gewesen, sagt er und wird dann doch mal etwas lauter: »Es ist aber ein absurdes Märchen, dass die Bafin oder das Bundesfinanzministerium ihre schützende Hand über diese Unternehmen gehalten hätte.«

Alternative Stadtgeschichte

Linkes Zentrum blickt auf 900 Jahre Freiburg im Breisgau

DIRK FARKE

Warum das Jubiläum der Stadt im heutigen Dreiländereck Frankreich, Schweiz und Deutschland nicht »pünktlich« gefeiert werden konnte, ist bekannt. Pandemiebedingt wurden viele bereits 2020 zum 900. Jahrestag der Verleihung des Marktrechts geplante Festivitäten um ein Jahr verschoben. Auch das örtliche »Informationszentrum Dritte Welt« (iz3w) holt eine damals geplante Veranstaltungsreihe jetzt nach. Unter dem Motto »War da was? Freiburger Geschichte ungeschönt« nehmen die »Freiburger Freigeister« das Jubiläum zum Anlass, sich an die kritische Öffentlichkeit zu wenden. Denn zu Jubiläen werden die Schattenseiten der eigenen Geschichte nur zu gern verdrängt. Da macht auch das sich linksalternativ gebende Studierendenstädtchen am Oberrhein keine Ausnahme. Deshalb ist es nicht unbedeutend, dass die Themen wie Rassismus, Kolonialismus, Antiziganismus, Migration, Nationalsozialismus und jüdisches Leben, die bei offiziellen Feierlichkeiten nicht zur Sprache kommen, hier thematisiert werden.

»Wir wollen nicht in die allgemeine Euphorie mit einstimmen«, stellt Rosaly Magg, Sprecherin des iz3w, gegenüber »nd« klar. Bei allen Veranstaltungen werde in aller Dringlichkeit deutlich, wie weit die Freiburger Geschichte bis in unsere Gegenwart reicht.

Den Auftakt bildete diese Woche Larissa Schobers Onlinevortrag »Erinnern, um zu vergessen. Erinnerungskultur zwischen Aufarbeitung und Instrumentalisierung«. Es ist der einzige, der eine Wiederholung darstellt. Denn wenige Tage vor dem ersten bundesweiten Lockdown hatte Schober ihn bereits im Rahmen einer außergewöhnlich gut besuchten analogen Veranstaltung in Freiburg gehalten. Die Journalistin forscht zu Post-Konflikt-Gesellschaften und fragt, nicht zuletzt mit Blick auf die deutsche NS-Vergangenheit: »Wer erinnert was und zu welchem Zweck, und was wird bewusst vergessen?« In Deutschland werde die eigene Erinnerungskultur immer noch zu unkritisch gesehen, meint sie. Auch gelinge es dem »Aufarbeitungsweltmeister« leider bis heute, sich durch den Bau von Denkmälern oder Museen und durch Veranstaltungen immer wieder selbst Absolution zu erteilen. Dabei sei man gerade hierzulande viel zu früh dazu übergegangen, das Vergangene auf sich beruhen zu lassen, um wieder stolz auf die eigene Geschichte blicken zu können.

Bis zum 24. Juni bietet das iz3w weitere Vorträge an, so zur jüdischen Geschichte, zur »Rassenkunde« an der Freiburger Universität, zur Geschichte städtischer Denkmäler. Noch unter Vorbehalt steht der für den 22. Juni geplante echte Stadtspaziergang. Dabei soll es Antworten auf Fragen wie: »War der Freiburger Reichstag von 1498 der G7 des Mittelalters?« »Wer trug vor 400 Jahren das größte Risiko, als Hexe ermordet zu werden?« oder »Wie kam die große ethnologische Sammlung nach Freiburg?« geben.

Alle Termine der sowie zeitnah den jeweiligen Link zur Teilnahme unter www.iz3w.org/projekte/stadtjubilaeum/programm

Teile der CDU wollten nach rechtsaußen ausbrechen

Sebastian Striegel betont die Verlässlichkeit der Grünen in der Magdeburger Koalition. Seine Partei will nach der Wahl weiterregieren

Herr Striegel, fünf Jahre Kenia-Koalition mit CDU und SPD gehen nun zu Ende. Wie fällt Ihr Fazit aus?

Wir haben als kleinster Partner in dieser Koalition eine Menge erreicht. Mehr, als man uns am Anfang zugetraut hatte. Die Landesregierung hat ein Klima- und Energiekonzept aufgelegt. Den Anteil ökologischer Flächen in der Landwirtschaft haben wir um 78 Prozent steigern können. Das Grüne Band (Geländestreifen entlang der ehemaligen DDR-Grenze zur BRD, Anm. d. Red.) ist Nationales Naturmonument. Sachsen-Anhalts Polizisten tragen eine individuelle Kennzeichnung. Die grüne Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen.

Das klingt zunächst einmal positiv. Aber es gab auch Rückschläge. Schauen wir auf den Koalitionsstreit um die Erhöhung des Rundfunkbeitrages, der das Aus von Kenia hätte bedeuten können.

Diese Koalition hat fünf Jahre damit ringen müssen, dass Teile der CDU versucht haben, nach rechtsaußen auszubrechen und mit der AfD zusammenzuarbeiten. Wir Grüne haben dagegen verlässlich Kurs gehalten. Beim Rundfunkbeitrag ist die CDU-Fraktion von der Fahne gegangen, der Ministerpräsident Reiner Haseloff hat die Koalition vor dem Scheitern bewahrt und die Sache liegt jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht. Der Ministerpräsident hat durch das Verhindern der Abstimmung den Staatsvertrag geopfert. In der Tat: Hier haben diejenigen, die

ein inhaltliches Problem mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, diesen gemeinsam erfolgreich angegriffen.

Was muss passieren, damit sich der positive Trend der Grünen auch in Sachsen-Anhalt auswirkt, wo die Grünen wie im gesamten Osten traditionell größere Probleme haben?

Unsere Mitgliederzahlen wachsen stetig, in Sachsen-Anhalt wie im Bund. Und das Spannende: Auch in den ländlichen Regionen gibt beständigen Zulauf. Mit derzeit gut 1100 Mitgliedern haben wir Potenzial zum Wach-

sen. Und unsere Wahlergebnisse zeigen: Bei der Europawahl haben 90 000 Menschen in Sachsen-Anhalt die Grünen gewählt. Wir bauen unsere Basis in Sachsen-Anhalt aus. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel, aber sie wachsen stetig, Stück für Stück.

Dann kommen wir auf die Inhalte zu sprechen. Im Zentrum des Wahlprogramms, das sie auf einem Parteitag am Wochenende beschließen wollen, wird – natürlich – der Klimaschutz stehen. Sie wollen Klimaneutralität bis 2035 erreichen. Wie realisierbar ist dieses Ziel, angesichts der Tatsache, dass Sachsen-Anhalt immer noch ein Braunkohleland ist? Im Kohleausstiegsplan der Bundesregierung ist vorgesehen, dass beispielsweise das Kraftwerk in Schkopau im Süden von Sachsen-Anhalt erst spätestens 2034 vom Netz gehen soll.

Wir wollen bis spätestens 2035 klimaneutral werden. Der Kohlekompromiss beinhaltet auch Überprüfungen der bisherigen Zielsetzung. Ich gehe davon aus, dass Kohlekraftwerke zu einem früheren Datum vom Netz gehen. Fakt ist: Wenn wir unsere Energie zu 100 Prozent aus Erneuerbaren ziehen wollen, dann müssen wir mehr Flächen zum Beispiel für die Windkraft ausweisen. Dazu braucht es noch eine Menge Überzeugungsarbeit im Land.

Zudem fordern Sie ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild.

INTERVIEW



FOTO: DPA

Sebastian Striegel ist Ko-Landeschef der Grünen in Sachsen-Anhalt und Mitglied des Landtags. Vor dem Landesparteitag der Grünen am Wochenende sprach Max Zeising mit dem 39-Jährigen.

Bundeswehr bleibt weiter im Ausland

Einsätze im Mittelmeer und am Horn von Afrika verlängert

Berlin. Der Bundestag hat die Verlängerung der Bundeswehreinätze im Mittelmeer und am Horn von Afrika beschlossen. Die Abgeordneten stimmten am Mittwochabend mehrheitlich für die weitere Beteiligung deutscher Streitkräfte an den EU-Marinemissionen »Irimi« und »Atalanta« bis Ende April 2022.

Bei der nach einer griechischen Friedensgöttin benannten Mission »Irimi« geht es vor allem darum, mit Schiffen, Fluggerät und Satelliten das Waffenembargo gegen Libyen zu überwachen. An der EU-Operation nehmen für ein weiteres Jahr bis zu 300 deutsche Soldaten teil.

Am Horn von Afrika können sich maximal 300 Soldaten an der EU-Mission »Atalanta« beteiligen – bisher waren es 400. Sie sollen Transporte des Welternährungsprogramms, Seeleute und Handelsschiffe vor Piraten schützen. Durch den Golf von Aden verläuft die wichtigste Handelsroute zwischen Europa, der Arabischen Halbinsel und Asien. Hinzu kommen die Aufgaben, das Waffenembargo gegen Somalia zu überwachen und den illegalen Drogenhandel zu bekämpfen. epd/nd

Braucht es zugleich auch einen grundsätzlichen Wandel in der Innenpolitik? Die Probleme sind ja verheerend: behördliche Fehler im Zuge des rechtsextremen Anschlags von Halle, ein Antisemitismus-Skandal in der Polizei und weiterhin hohe Zahlen im Bereich politisch motivierte Kriminalität rechts.

Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bleiben große gesellschaftliche Probleme, die lassen sich nicht nur polizeilich lösen. Innenpolitik darf sich nicht darauf beschränken, dass Polizei in ausreichender Zahl verfügbar ist. Wir brauchen eine bessere Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung, das Entwickeln einer internen Fehlerkultur und korrigierenden Einfluss von außen, etwa durch einen unabhängigen Polizeibeauftragten. Grüne Innenpolitik setzt auf bürgerrechtsorientierte Polizeiarbeit. Da können wir in den nächsten Jahren viel erreichen.

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg hat die Klimaliste den Grünen wichtige Stimmen gekostet. Fürchten Sie ein ähnliches Szenario in Sachsen-Anhalt? Nein.

Warum? Wir sind diejenigen, die Klimaschutz in Regierungsverantwortung umsetzen. Wer Klimaschutz will, muss ihn in der Regierung stark machen. Das verstehen auch unsere Wählerinnen und Wähler.